

Streitpunkt Eritrea

Ständerat spricht sich gegen zusätzliche Massnahmen aus

Von Michael Surber, Bern

«Kaum eine Session vergeht ohne einen politischen Vorstoss zu Eritrea», stellte der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder (parteilos) in der gestrigen Debatte zum Thema Entwicklungszusammenarbeit fest. Das kleine Land am Horn von Afrika schaffte es auch in dieser Session, Thema in den eidgenössischen Räten zu sein.

Eine Erklärung für diese prominente Rolle führte Ständerat Minder gleich selbst an: «Solange die Asylgesuche aus Eritrea Jahr für Jahr die Spitze der Ranglisten anführen – auch dieses Jahr – werden auch die politischen Vorstösse zu Eritrea top bleiben.» Bis Ende Oktober dieses Jahres stellten rund 4258 Personen aus Eritrea einen Asylantrag in der Schweiz.

Ziel Rücknahmeabkommen

Das neueste Geschäft mit Fokus Eritrea, das gestern nun im Ständerat diskutiert wurde, geht auf eine letzten Herbst eingereichte Motion der FDP zurück. Mit dieser hätte der Bundesrat beauftragt werden sollen, wieder Verhandlungen mit der Regierung Eritreas aufzunehmen. Dies mit dem Ziel, in Zukunft allenfalls wieder Entwicklungsprojekte im Land aufzugleisen.

Auch hätte darüber beraten werden sollen, ob Eritrea ein Schwerpunktland der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) des Bundes werden soll. In Ländern mit einem solchen Status ist die Deza besonders aktiv.

Zurzeit unterhält die Schweiz mit 20 Ländern beziehungsweise Regionen solche bilateralen Entwicklungszusammenarbeits-Beziehungen.

Die in Aussicht gestellten Entwicklungshilfegelder wären gemäss der FDP-Motion jedoch nur dann gesprochen worden, wenn es internationalen Organisationen auch ermöglicht worden wäre, zur Einschätzung der Menschenrechtslage regelmässigen Zugang zum Land zu erhalten.

Diese vertieften Einblick in die Verhältnisse vor Ort hätte es in einem zweiten Schritt – so die Hoffnung der Motionäre – erlaubt, bei genügender Menschenrechtslage ein sogenanntes Rücknahmeabkommen mit Eritrea zu schliessen. Mit einem solchen Abkommen wäre es möglich, Personen mit irregulärem Aufenthaltsstatus aus der Schweiz in den Herkunftsstaat zu überführen. Die Schweiz unterhält zurzeit mit rund 50 Drittstaaten solche Übereinkünfte.

Weiter Druck ausüben

Der Ständerat lehnte gestern dieses Ansinnen der FDP knapp mit 21 zu 19 Stimmen, bei null Enthaltungen ab. Damit stellte sich der kleine Rat gegen den Entscheid des Nationalrats: Dieser hiess das Geschäft in der Herbstsession noch klar mit 123 zu 62 Stimmen bei sieben Enthaltungen gut. Die SP, die Grünen und vereinzelte Stimmen von GLP und BDP sprachen sich damals dagegen aus. Auch der Bundesrat empfahl die FDP-Motion zur Ablehnung.

Die Ständerats-Mehrheit, die sich gestern gegen die Motion stellte, argumentierte, dass im Rahmen des im letzten September von CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister (ZG) eingereichten Postulats «Endlich klare Informationen zu Eritrea» schon genug in der Sache unternommen werde. Der Bund tue hier bereits, was er könne, so der Tenor.

Das Postulat Pfister forderte den Bundesrat auf, einen umfassenden Bericht zur Lage in Eritrea zu erstellen. Dieser Report musste auf Wunsch Pfisters auch eine Strategie enthalten, wie der Bundesrat in Zukunft mit Eritrea umzugehen gedenkt. Erklärtes Ziel dieser Strategie: Eritrea soll zu einem Staat werden, in dem Personen mit abgewiesenem Asylgesuch wieder zurückgeführt werden können. Der Bericht zum Postulat erschien im Oktober dieses Jahres.

Für die Befürworter der FDP-Motion ist trotzdem klar: Vom Bundesrat muss noch mehr unternommen werden. Thomas Minder zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Stossrichtung der Regierung: «Jahr für Jahr bekommen wir dieselbe Erklärung, warum man mit Eritrea nicht weiterkomme. Ohne Strategieänderung kommen wir nicht weiter.» Ständerat Damian Müller (FDP, LU) doppelte nach: «Die Minderheit will mit dieser Motion weiterhin Druck ausüben, damit auch tatsächlich etwas geschieht.» Bundesrat Burkhalter (FDP) meinte gestern im Ständerat dazu: «Machen Sie alle Drücke, die Sie wollen, wir machen unsere Arbeit.»

Aargauer Triumphzug für Leuthard



Wie ein Adler. Die neue Bundespräsidentin Doris Leuthard ist gestern im Kanton Aargau von den Behörden und der Bevölkerung herzlich empfangen worden. Die Aarauer Stadtpräsidentin Jolanda Urech verglich sie mit dem Aarauer Wappentier, dem Adler. Doris Leuthard habe es mit den Eigenschaften von Adlern, mit Klugheit, Mut, Scharfblick und Weitblick, weit gebracht, sagte sie. SDA Foto Keystone

Bundesverwaltung muss deutlich abspecken

Der Nationalrat streicht 128 Millionen Franken

Bern. Der Nationalrat hat sich nach hitzigen Debatten beim Bundesbudget 2017 fast auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die sparrowwillige bürgerliche Allianz liess zum Schluss ihre Muskeln spielen und strich bei der Bundesverwaltung 128 Millionen Franken querbeet. Damit funktionierte der finanzpolitische Schulterschluss zwischen SVP, FDP und BDP. Hart trifft das vor allem die Bundesverwaltung: Sie muss im nächsten Jahr 128 Millionen Franken einsparen. Die von einer Mehrheit des Nationalrats proklamierten Querschnittskürzungen beim Bundespersonal (minus 50 Millionen), bei externen Beratern (minus 60,3 Millionen) und der Informatik (minus 17,5 Millionen) müssen umgesetzt werden.

Kürzungen «mit der Schrotflinte»

«Die Kürzungen sind verantwortbar», sagte Albert Vitali (FDP, LU). Der Schwyzer CVP-Finanzpolitiker Alois Gmür setzte sich dagegen für den Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz ein. Dieser sah vor, auf die Hälfte der Sparmassnahmen beim Personal und den externen Dienstleistern zu verzichten. Auch Finanzminister Ueli Maurer machte in den Debatten zum Voranschlag 2017 mehrmals vergeblich darauf aufmerksam, dass der von ihm vor-

gelegte Budgetentwurf bereits acht Sparrunden innerhalb der Verwaltung hinter sich habe. Er wehre sich nicht gegen nachhaltige Kürzungen, sagte er. «Sie schiessen aber nicht gezielt, sondern mit einer Schrotflinte, sodass zufällig irgendjemand getroffen wird.»

Laut Maurer bedeutet der Parlamentsentscheid, dass beim Bundespersonal kurzfristig 370 Vollzeitstellen oder ein Prozent des gesamten Bestands gestrichen werden müssen. Das sei nicht nachhaltig. Die grösste Kürzung gegenüber dem Bundesratsentwurf nahm das Parlament beim Staatssekretariat für Migration (SEM) vor. Die Asylausgaben sinken um 344 Millionen Franken. Von den Kürzungen gehen 294 Millionen Franken zulasten der Sozialhilfe von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen. 50 Millionen werden bei den Betriebsausgaben der Empfangs- und Verfahrenszentren gekürzt. Hinzu kommt eine Kreditsperre auf 60 Millionen Franken.

Nicht sparen will das Parlament dagegen bei den Bauern. Das Parlament beschloss eine Aufstockung der Exportsubventionen nach dem sogenannten Schoggigesetz um 26,7 Millionen Franken sowie Mehrausgaben bei den Direktzahlungen um 61,9 Millionen Franken. SDA

Basler Initiative ohne Chance

Nein zu Erdbebenversicherung

Bern. Der Nationalrat will keine obligatorische Erdbebenversicherung in der Schweiz einführen. Er hat eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt mit 101 zu 81 Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt. Damit ist diese vom Tisch. Kantonale und private Versicherungen böten schon heute eine Deckung von Erdbebenschäden an Gebäuden an, betonte eine Ratsmehrheit. Der Bund sei nicht zuständig für die Einführung eines Obligatoriums. Es liege an den Kantonen, sich über ein Konkordat zu einigen, wenn der Bedarf bestehe, sagte Kommissionssprecher Peter Schilliger (FDP, LU). Der Ständerat hatte die Initiative im September mit 23 zu 18 Stimmen abgelehnt. SDA

Stilllegung der Schweizer AKW dürfte teurer werden

Kostenstudie spricht neu von 22,8 Milliarden Franken

Bern. Gemäss den aktuellen Berechnungen belaufen sich die Stilllegungskosten für die fünf schweizerischen AKW und das Zentrale Zwischenlager in Würenlingen (Zwilag) auf rund 3,6 Milliarden Franken. Ende 2015 belief sich das angesammelte Fondskapital auf knapp zwei Milliarden Franken. Die noch ausstehenden Mittel werden durch Fondsbeiträge der Kernkraftwerksbetreiber und durch Kapitalerträge des Fonds bereitgestellt.

Bedeutend teurer sind die Entsorgungskosten, die für Planung, Bau und Betrieb von Entsorgungsanlagen eingesetzt werden. Sie belaufen sich gemäss der Kostenstudie 2016 auf 19,2 Milliarden Franken. Die während des Betriebs

anfallenden Entsorgungskosten werden durch die Betreiber direkt bezahlt. Bis 2015 waren dies 5,5 Milliarden Franken. Bis zur Ausserbetriebnahme aller Kernkraftwerke werden es 7,5 Milliarden Franken sein.

Die AKW-Betreiber werden somit bis zur Ausserbetriebnahme noch zwei Milliarden Franken direkt zu bezahlen haben. Die verbleibenden 10,5 Milliarden Franken (exklusiv einem Bundesanteil von 1,2 Milliarden Franken) wird der Fonds decken, in dem sich Ende 2015 4,2 Milliarden Franken befanden.

Die ausstehenden Mittel werden durch Fondsbeiträge der KKW-Betreiber und durch Kapitalerträge des Fonds sichergestellt. SDA

ANZEIGE

Wochenend-Knaller!

Gültig von Freitag bis Sonntag

SONNTAGSVERKAUF

Nur am
Sonntag, 18. Dezember 2016

20%

auf alle Weine und
Cailler-Produkte* –
auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen, unter
www.denner-wineshop.ch und in der Denner App.

*ausgenommen Schaumweine, Bordeaux Grands Crus 2014 und
Online Specials. Nicht mit Gutscheinen, Bonus und Rabatten
bei Neueröffnungen und Weinmessen kumulierbar.
Solange Vorrat.

Rindsfilet Black Angus Certified

Brasilien,
ca. 800 g,
per 100 g

1/2
Preis

5.49

statt 11.-*

L&M

Red Label/Blue Label/Forward/Silver Blue Label
Box, 10 x 20 Zigaretten

Auch als Einzel-
packung erhältlich!
6.70 statt 7.40*

7.-
sparen

67.-

Rauchen ist tödlich. Fumer tue. Il fumo uccide.	Rauchen ist tödlich. Fumer tue. Il fumo uccide.	Rauchen ist tödlich. Fumer tue. Il fumo uccide.
--	--	--

statt 74.-*

*Konkurrenzvergleich

Aktionen gültig von Freitag, 16. bis Sonntag, 18. Dezember 2016 / solange Vorrat /
Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: www.denner.ch/newsletter

Einer für alle DENNER